



**RA lic. iur. Markus Stadelmann**  
**Marktstrasse 28**  
**8570 Weinfelden**

**Tel: 071 620 26 20**  
**[www.advo-weinfelden.ch](http://www.advo-weinfelden.ch)**

## **Führerausweisentzug: Keine Reduktion unter die gesetzliche Mindestdauer trotz Verstoss gegen das Beschleunigungsgebot**

**Unter dem bis Ende 2004 geltenden Strassenverkehrsgesetz (SVG) konnte die Behörde von der gesetzlichen Mindestentzugsdauer abweichen, wenn sie mit der Anordnung der Massnahme zu lange zugewartet hat, der Fahrer sich seitdem korrekt verhalten hat und ihn an der Verzögerung keine Schuld traf. Doch nun hat das Bundesgericht diese Praxis für das neue Recht als nicht mehr anwendbar erklärt.**

Gemäss dem Beschleunigungsgebot nach Art. 29 Abs. 1 BV hat jedermann Anspruch auf Beurteilung seiner Angelegenheit innert angemessener Frist. Lassen sich die Behörden mit der Anordnung einer Massnahme oder für die Fällung eines Entscheids ungebührlich lange Zeit, kann das Beschleunigungsgebot unter Umständen verletzt werden. Nach altem Recht wurde deshalb bei langer Verfahrensdauer die vorgeschriebene Mindestentzugsdauer unterschritten oder gar von einem Entzug ganz abgesehen.

Das Bundesgericht hat nun in einem neuen Entscheid diese unter altem Recht entstandene Praxis aufgehoben und festgestellt, dass zwar für die Dauer des Ausweisentzugs die Umstände des Einzelfalls und dementsprechend auch die Dauer des Verfahrens zu berücksichtigen seien, dass jedoch von der gesetzlichen Mindestentzugsdauer (bei schwerer Verkehrsregelverletzung: 3 Monate) nicht abgewichen werden dürfe. Offen gelassen hat das Bundesgericht allerdings, wie bei einer sehr langen Verfahrensdauer und dementsprechend sehr schwerer Verletzung des Beschleunigungsgebots zu verfahren sei (z.B. bei einer Verfahrensdauer von mehreren Jahren); nach altem Recht konnte diesbezüglich ja sogar ganz auf den Ausweisentzug verzichtet werden.

**Fehlbare Automobilenker haben definitiv nichts mehr zu lachen; nachdem nicht nur mit der ab 01.01.2005 gültigen Gesetzesrevision die Bestimmungen über den Ausweisentzug massiv verschärft wurden, hat nun das Bundesgericht ein weiteres Schlupfloch gefüllt. Die Mindestentzugsdauer von 1 Monat (bei mittelschwerer Verkehrsregelverletzung) bzw. von 3 Monaten (bei schwerer Verkehrsregelverletzung) ist nun wohl definitiv in Stein gemeisselt.**